

Diese programmatische Forderung der WN ist es vor allem, die die Bonner Regierung veranlaßt, gerade in der jetzigen Zeit das Verbot der WN zu fordern und sich dabei über die Weltmeinung hinwegzusetzen, die in den deutschen Widerstandskämpfern aller Weltanschauungen und aller politischen und religiösen Bekenntnisse die besten Vertreter des deutschen Volkes sieht, deren Unterdrückung vor aller Welt die gefährlichen Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten und das weit fortgeschrittene Stadium der Renazifizierung bloßlegt.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde festgestellt, daß der „bestimmende Grundzug der gegenwärtigen internationalen Lage im weiteren Wachstum der Macht des sozialistischen Lagers, der Kräfte der Demokratie und des Friedens in der ganzen Welt besteht“^{3 4} Diese Kräfte sind ein starkes Bollwerk gegen neue imperialistische Aggressionskriege. Sie betreiben eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Zusammenarbeit zur friedlichen Lösung aller internationalen Streitfragen.

Um die Orientierung auf eine solche Friedenspolitik, die in Deutschland selbst eine Politik der innerdeutschen Entspannung und der Annäherung der beiden deutschen Staaten erfordert, werden in der Bundesrepublik immer stärkere Auseinandersetzungen geführt. Immer größere Teile aller Volksschichten greifen in diese Auseinandersetzungen ein und stellen sich auf die Seite der Anhänger einer Friedenspolitik. Ihre Durchsetzung erfordert die Ausschaltung der nazistischen Offiziere, Diplomaten, Gestapoleute, Wehrwirtschaftsführer, der Naziaktivisten, Antisemiten und Kriegsverbrecher aus dem Staatsapparat, aus der Armee und der Wirtschaft. Daß die WN darauf unermüdlich hinwirken, wirft die Bonner Regierung ihnen aber gerade vor. Sie legt Dokumente vor, in denen die WN gegen die fortschreitende Durchsetzung des gesamten Staatsapparates mit aktiven Nazis und Kriegsverbrechern protestieren. Sie legt Dokumente vor, in denen die WN auf die nazistische Vergangenheit und auf die Verbrechen solcher Personen aufmerksam machen wie die des Kriegsverbrechers Foertsch, der an der Spitze der Bundeswehr steht, des Staatssekretärs Globke, des intellektuellen Miturhebers der Judenmorde, und des ehemaligen Bundesministers Oberländer, der führend an den Verbrechen der Naziwehrmacht in Polen beteiligt war und dafür vom Obersten Gericht der DDR zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt wurde. In zahllosen Protesten und Erklärungen haben die WN gegen die Unterwanderung der Polizei und der Justiz durch ehemalige Gestapoleute und Blutrichter Stellung genommen und ihre Entfernung aus dem Staatsapparat verlangt. Auch diese Dokumente werden von der Bonner Regierung als Beweis für angebliche Umsturzpläne der WN vorgelegt.

Diese Tätigkeit der WN ist es also, durch die sie sich den wütenden Haß aller militaristischen und nazistischen Scharfmacher zugezogen haben. Das zeigt schon die Tatsache, daß der Verbotsantrag im Oktober 1959 die unmittelbare Antwort auf die Enthüllungen der WN über die Kriegsverbrechen Oberländers war. Charakteristisch ist auch, daß Adenauer gerade jetzt Oberländer zu rehabilitieren versucht, in einer Zeit also, in der die Militaristen die Durchführung des Verfahrens und des Verbotes der WN fordern.

Friedenspolitik nach außen erfordert aber demokratische Politik im Innern, die nur von Demokraten gemacht werden kann.

Die WN gehören zu den entschiedensten und aktivsten Verfechtern einer solchen Politik, während die Bonner

Militaristen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen wollen, zu diesem Zweck ihre bankrotte atomare Katastrophenpolitik fortsetzen und zur Durchsetzung dieser Politik die gegen sie gerichtete wachsende Bewegung aus allen Schichten des Volkes unterdrücken. Sie wollen das staatsmonopolistische System in Richtung auf die klerikal-militaristische Diktatur durch eine Notstandsgesetzgebung ausbauen; die demokratischen Rechte und Freiheiten liquidieren und alle Bestrebungen für illegal erklären, die gegen ihre Politik gerichtet sind.

Das ist die Lage, in der die Bonner Regierung das Verbot der WN fordert. Das Verbot der Organisationen der Widerstandskämpfer soll die Grundlage schaffen für die Gleichschaltung der Kräfte des Volkes auf die Kriegspolitik der aggressivsten Monopole, die den Bonner Staat beherrschen.

Antikommunismus als Methode

Die Tatsache, daß die Bonner Militaristen in der gegenwärtigen Situation ihre Hand gegen die Widerstandskämpfer erheben, zeigt nicht nur die Gefährlichkeit ihrer Politik, sondern gleichzeitig auch die ganze Schwäche ihrer Position. Sie sind gezwungen, mit ihrer Verbotsforderung ihre antidemokratische und profaschistische Grundkonzeption noch mehr als bisher zu entlarven. Um die wirklichen Gründe ihrer Verbotsforderung zu verschleiern, greifen sie zu dem auch unter der Hitler-Diktatur praktizierten Mittel des Antikommunismus. Sie behaupten, die WN untergrüben durch ihre Zielsetzung und ihre Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung, um einen kommunistischen Umsturz in der Bundesrepublik herbeizuführen.

Alle Dokumente, die die Bonner Regierung dem Bundesverwaltungsgericht zum Beweise dieser Behauptung vorgelegt hat, beweisen jedoch nichts anderes, als daß die WN für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Völkerfreundschaft, des Humanismus und der Demokratie auch in der Bundesrepublik eintreten. Die Beweiskraft dieser Dokumente für die angeblichen Umsturzpläne der WN schlägt daher gegen die Bonner Regierung zurück. Ihre Vorlage zur Stützung der Verbotsforderung beweist, daß die Militaristen ihre Politik nach anderen Grundsätzen auszurichten gewillt sind und tatsächlich ausrichten: nach den Grundsätzen der imperialistischen Ideologie, deren Inhalt die Mißachtung der Rechte anderer Völker, die Berechtigung zu ihrer Unterjochung und die Mißachtung der demokratischen Rechte der eigenen Nation ist. Der Antikommunismus ist daher das „ideologische Mittel zur Vorbereitung der Aggression nach außen und der Unterdrückung nach innen“.

Neben den bereits genannten Dokumenten über den antinazistischen und gegen den Antisemitismus gerichteten Kampf der WN legt die Bonner Regierung Dokumente vor, in denen die WN gegen die Remilitarisierung, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen die verständigungsfeindliche Politik der Regierung auftreten. Weiter legt die Bonner Regierung den WN zur Last, daß sie gegen die Diffamierung aller oppositionellen Kräfte, gegen Gesinnungsjustiz, gegen die Beseitigung der Arbeiterrechte, gegen Konformismus und die Liquidierung der Geistes- und Meinungsfreiheit kämpfen.

Alles das soll die angeblich kommunistische Zielsetzung der WN unter Beweis stellen. Bewiesen wird aber dadurch nur, daß die Bonner Regierung den Antikommunismus als Mittel zur Unterdrückung der Friedensanhänger und zur Durchsetzung ihrer aggressiven Politik benutzt. Die Tatsache, daß die Bundesregierung

3 Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der KPD, a. a. O., S. 9.

4 a. a. O., S. 5.